

70 JAHRE

Aufarbeitung der Ereignisse
von 1918 bis 1923



1918 — 1988

Herausgegeben von: Kassler Voran-Unterstützern
(verantwortlich: C. Braun)

NOVEMBERREVOLUTION



Gegen Ende des Zeitabschnitts 1900-1913 stagnierte die Wirtschaft. Im Jahr 1913 brach die Rezession aus, die sich bis zum Kriegsausbruch 1914 hinzog.

Die Kapitalkonzentration nahm ständig zu.

Es war die Zeit des Übergangs vom freien Konkurrenzkapitalismus zum Imperialismus.

Die Eisen-, Stahlkonzerne und Schiffswerften hatten einen Riesen Hunger auf Rüstungsaufträge. Die Kapitalisten begannen Interessensverbände, wie Flottenverein, Wehrverein zu gründen. Sie betrieben Propaganda für Aufrüstung, Patriotismus und Krieg.

Die zunehmende Kriegesvorbereitung der Imperialisten stieß auf den einhelligen Widerstand der internationalen Arbeiterbewegung.

So bekannten sich auf internationalen Sozialistenkongressen die Delegierten zum internationalen Zusammenhalt der Arbeiterklasse.

Im "Vorwärts" befand sich am 25.7.1914 noch ein Appell:

"Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in den Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"

Am 28.7.1914 folgten 100.000 von Arbeitern in sogut wie allen Städten diesem Aufruf und demonstrierten gegen die Kriegsgefahr.

Doch nur wenige Tage später kapitulierten SPD und Gewerkschaften vor dem Druck und der bürgerlich-nationalen Kriegsbegeisterung.

Am 4.8.1914 billigte die SPD-Fraktion im Reichstag die kaiserlichen Kriegskredite.- Der ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) verzichtete im sogenannten "Burgfrieden" auf selbstständige gewerkschaftliche Aktionen während des Krieges: Streiks wurden abgebrochen, die Zahlung von Streikgeldern eingestellt.

Die Sozialdemokratische Parteiführung fast aller Länder schlug sich auf die Seite ihrer eigenen nationalen Kapitalistenklasse.

Arbeiter wurden ins Schlachtfeld geschickt um die Arbeiter anderer Nationen zu ermorden.

DOCH BALD SCHON ZEIGTE SICH DAS WAHRE GESICHT DES KRIEGES!
Die Kriegsbegeisterung die doch viele Menschen mitgerissen hatte
verflog schnell.

Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe. Die Preise stiegen
sprunghaft und die Löhne und Gehälter sanken entsprechend.

IM Dezember 1914 bildete sich eine Anti-Kriegsopposition.
Allmählich erschienen in SPD-Blättern wieder Artikel, die den
Krieg verurteilten.

Die Demonstration von 500 Frauen vor dem Reichstag gegen den Krieg,
die am 18. März 1915 stattfand, war der erste offene Ausdruck der
Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Im Jahre 1916 finden erste politische Streiks statt, die in der
Forderung nach Frieden gipfeln.

Im Januar 1916 wird Karl Liebknecht aus der SPD ausgeschlossen;
Im selben Monat ist er mit an der Gründung der Spartakusgruppe
beteiligt.

Die Streikbewegung erreicht im Jahr 1917 einen neuen Höhepunkt.
1917 im April wird die USPD (Unabhängige SPD) gegründet, die unter
dem Einfluß der russischen Februarrevolution rasch zu einer
Massenpartei der Anti-Kriegsopposition wird.

In Wilhelmshaven meuterte im Som-
mer die Besatzung des Panzerkreuzers
"Prinzregent Luipold". Daraufhin
kommt es erstmals auf deutschem
Boden zur Bildung von Matrosen-
räten.

Außen zeigt sich der Wendepunkt
in der militärischen Lage, denn
die USA schickt 1,2 Millionen
frische Soldaten gegen Deutsch-
land.

Dadurch befindet sich der deutsche
Imperialismus sowohl INNEN wie
AUßEN im Rückzug



Anti-Kriegs-Demonstration Juli 1914

JANUAR 1918 400.000 VON 650.000 BERLINER INDUSTRIEARBEITER STREIKEN

Forderungen nach Frieden und nach dem Sturz der Militärdiktatur
hallen durchs ganze Land.

Arbeiterräte werden in immer mehr Betrieben gebildet.

Im Sommer 1918 kommen dann führende Generäle zu der Schlußfolgerung:
NUR EINE LIBERALISIERUNG VON OBEN KANN DIE REVOLUTION VON UNTEN
AUFHALTEN.

Daraufhin dankte die Oberste Heeresleitung ab und es wurde am
3. Oktober eine neue Reichsregierung unter dem liberalen Prinz
Max von Baden, mit jeweils 2 Vertretern von SPD, Zentrum und
Fortschrittsparteien gebildet.

Durch diesen Schachzug der Kapitalisten sollte durch innenpolitische
Zugeständnisse die Herrschaft gerettet und eine parlamentarische
Monarchie gesichert (Reichstag: mehr Rechte und Befugnisse) werden.
Die führenden Sozialdemokraten ließen sich bereitwillig vor den
Karren spannen.

Selbst der Kaiser hatte Vertrauen zur Parteiführung Ebert bekommen:
"Auch mit Herrn Ebert würde ich gerne zusammenarbeiten. (...) Ich habe
gar nichts gegen die Sozialdemokratie, nur der Name, wissen Sie,
der Name müßte geändert werden."

Die Führer der Sozialdemokratie waren nun ganz anders an die
Macht gekommen, als es eigentlich mal vorgesehen war:
Nicht im kühnen sozialistischen Ansturm hatten sie die Macht er-
rungen, SONDERN, sie wurden von den Bürgerlichen in die Regierung
geholt um ein baufällig gewordenes Staatsgebäude wieder flott zu
machen.

ENDE OKTOBER 1918 GIBT DIE DEUTSCHE HOCHSEEFLOTTE DAS SIGNAL FÜR DIE REVOLUTIONÄRE ERHEBUNG!

Die Kieler Matrosen weigerten sich nochmal zur Seeschlacht mit der englischen Flotte auszufahren. Denn diese Schlacht hätte nur eines gebracht, den sinnlosen Tod von 80.000 Matrosen.

Die Matrosen verweigerten den Gehorsam, worauf es zu Verhaftungen von Matrosen kam. Die Verhaftungen provozierten den offenen Widerstand, der zum bewaffneten Aufstand führte.

Am 3. November demonstrierten 1000de von Arbeitern mit ihren Familien für die Freilassung der verhafteten Kameraden.

Bei dieser Demonstration wurde von einem reaktionärem Trupp in die Menge geschossen- daraufhin schossen die Matrosen zurück.

Nun war die WELLE nicht mehr aufzuhalten.

Ein Soldatenrat, der am 4. November gebildet wurde, hatte spontan 40.000 bewaffnete Soldaten hinter sich.

Soldaten ließen sich entwaffnen und verbrüdereten sich mit Arbeitern.

Am Abend des 4. Novembers beschließen die Vertrauensleute der Großbetriebe den Generalstreik.

Am darauffolgenden Tag ruht die Arbeit, die Matrosen besetzen die Werften.

DER KIELER AUFSTAND HATTE DAS ERSTE VENTIL GEÖFFNET!

Der revolutionäre Druck war nicht mehr zu bremsen.

In einer norddeutschen Stadt nach der anderen übernahmen die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht.

Es lag klar auf der Hand, daß der Kaiser abdanken mußte.

Auch Ebert erkannte das und erklärte am 7. November:

" Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich . Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde!"

Am 8. November rief die Spartakusgruppe und der Vollzugsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates für den 9. November zum Generalstreik auf.

Ziele des Generalstreiks:

- Beseitigung der Militärdiktatur
- Sturz der Reichsregierung



AM MORGEN DES 9: NOVEMBERS bewegte sich eine unzählbare Arbeitermasse von den Vorstädten auf das Berliner Stadtzentrum zu. Aus Wohnblocks, Kleinbetrieben und auch aus Kasernen erhielten die Arbeiter laufend Verstärkung.

DIE BEWAFFNETE MACHT DES ALTEN STAATES STRECKTE DIE WAFFEN-
WIDERSTAND WAR SINNLLOS!

AM MITTAG DES 9. NOVEMBERS befand sich Berlin in der Hand der revolutionären Arbeiter und Soldaten.

Um 16 Uhr sprach Karl Liebknecht zu den Arbeitermassen:

" Der Tag der Revolution ist gekommen! Wir haben den Frieden erzwungen.(...) In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland.(...) Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf!"



Karl Liebknecht ruft die
Sozialistische Republik aus.
Berlin, 9. November 1918

Der Kaiser dankte am 9. November ab. Doch der Sieg der Berliner Arbeiter blieb vorerst der Höhepunkt der Revolution in Deutschland. Deutschland schien für den Kapitalismus ebenso verloren zu gehen, wie ein Jahr zuvor Rußland.



Rosa Luxemburg stellte am 20. Nov. fest:
" Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet:
Bürgerliche Demokratie
oder
sozialistische Demokratie.

Denn Diktatur des Proletariats ist Demokratie im sozialistischen Sinne.
Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putche, Krawalle, Anarchie, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern, das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus(...) Ohne den bewußten Willen und die bewußte Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus (...) keine Ausflüchte, keine Zweideutigkeiten - die Würfel müssen fallen!"

Am 9. November 1918 war nun aber nicht nur der Kaiser abgedankt, sondern auch der Prinz Max von Baden. Max von Baden ernannte Ebert zu seinem Nachfolger. Dessen neugebildetes Kabinett nannte sich "Rat der Volksbeauftragten" und bestand aus drei SPD - und drei USPD - Vertretern. Ansonsten jedoch blieben die alten kaiserlichen Ministerien weiter bestehen, ebenso der alte Verwaltungsapparat, Staatssekretäre u.a.

Ein Freudenrausch überzog ganz Deutschland. Mit dem 9. November so hoffte die breite Masse, sei der entscheidende Schritt in Richtung sozialistische Umgestaltung getan. Viele Arbeiter gingen davon aus, daß die Revolution nun schon weitgehend vollendet sei. Doch der Schein trügt.

Haben auch die Räte weitgehende Gewalt über weite Teile Deutschlands die entscheidende Auseinandersetzung steht noch bevor:
HIER die Räte als Organ der Arbeitermacht -
DORT der alte Staatsapparat als Machtorgan der Kapitalisten.
Das Ringen dieser beiden sich gegenseitig ausschließenden Herrschaftssysteme mußte bis zur Entscheidung weitergetrieben werden.
Ein solcher Zwischenzustand, den man auch mit dem Begriff "Doppelherrschaft" bezeichnen kann, kann nur von kurzer Dauer sein.
Die Bürgerlichen waren zwar zunächst schockiert und sprachlos, doch sehr bald machten sie sich an die Arbeit, um dem Embryo einer Rätedemokratie den entscheidenden Schlag zu versetzen.

Am 10. November war Eberts Regierung als "Rat der Volksbeauftragten" eingesetzt worden. Noch am selben Tag hatte Ebert über geheimen Draht ein Telefongespräch mit dem Großen Hauptquartier geführt.

Dieses Geheimabkommen hatte -
- die Niederschlagung der Rätemacht
- völlige Wiederherstellung der alten Staatsgewalt zum Ziel.

Die Wochen der Doppelherrschaft zwischen den Räten und dem bürgerlichen Staat, indenen sich die Räte zum Teil Stück für Stück ihre Befugnisse einschränken ließen, gewann Ebert wertvolle Zeit, um seinen nächsten Schlag vorzubereiten; auf dem 1. Reichsrätekongreß wollte er endgültig die Losung der Nationalversammlung, also der bürgerlichen Republik, durchsetzen.

Dieser Kongreß mit über 400 Vertretern aller Räte des Reiches fand vom 16. -24. Dezember in Berlin statt.
Doch schon die soziale Zusammensetzung des Kongresses spiegelte nicht den revolutionären Aufschwung der vergangenen Wochen wider.

Nur 179 Delegierte waren Arbeiter und Angestellt, dagegen 71 Intellektuelle und Freiberufler sowie 195 Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Abgeordnete, Journalisten. Rund drei Viertel der Delegierten waren Mitglieder der MSPD, der Rest USPDler, darunter 50 revolutionäre Obleute und eine Handvoll Spartakisten. Der alte Sozialdemokratische Apparat dominierte eindeutig. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind keine Delegierten. Ein Antrag sie beratend hinzuzuziehen, wird abgelehnt. So sind schon gleich zu Beginn die Mehrheitsverhältnisse klar. Von Seiten der SPD-Führung wurde alles getan, um bei den Delegierten den Eindruck zu erwecken, der Sozialismus sei schon erreicht und könne nur noch durch die düsteren Machenschaften der Spartakisten gefährdet werden.

Als es dann zur Abstimmung über den Antrag - Rätedemokratie oder Parlament - kam, wurde der Antrag der Unabhängigen, den Staat auf der Grundlage des Rätensystems aufzubauen, mit 344:98 Stimmen abgelehnt. Ebert errang so einen wichtigen Sieg im höchsten Organ der Räte. Der Wahltermin für die Nationalversammlung wurde auf den 19. Januar 1919 festgelegt. Darüberhinaus übertrugen die Delegierten ihre Befugnisse auf den Rat der Volksbeauftragten: Der Rätekongress hatte sich dadurch selbst entmachtet!

Die schwankende Haltung der USPD-Führung auch auf dem Reichsrätekongress bestärkte die Spartakisten darin, mit ihr zu brechen, "um eine neue unabhängige Partei aufzubauen, mit einem klaren Programm, einem festen Ziel, einer einheitlichen Taktik, höchster Entschluß- und Schlagkraft und größter revolutionärer Energie." (K. Liebknecht)



Zur Jahreswende 1918/1919 wurde die KPD gegründet. Auf dem Gründungsparteitag lehnte die ultralinke Mehrheit (gegen Liebknecht und Luxemburg) die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften ab. Dadurch hielten sie die revolutionären Obleute vom Beitreten ab; die meisten revolutionären Arbeiter blieben in der USPD. Wodurch die KPD fast 2 Jahre lang eine kleine Minderheitspartei darstellte.

Hinter den Kulissen verbündeten sich die rechten SPD-Führer (Noske, Ebert, Scheidemann) mit der Reaktion. Freikorps unter der Führung Noskes wurden zusammengestellt mit dem Ziel die Räte zu zerschlagen und die ungehinderte Herrschaft des Kapitals zu sichern.

Auf Befehl Eberts wurde in den Tagen vom 9. bis 12. Januar die Revolution in der Hauptstadt zusammengeschossen. Mit der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg am 15. Januar 1919 verlor die deutsche Arbeiterklasse zwei ihrer bedeutendsten Führer, die bei einem erneuten Aufschwung, der Geschichte Deutschlands eine andere Wendung hätten geben können.

1919 ziehen die Freikorps mordend durchs Reich: sie zerschlagen die Ansätze zur Arbeitermacht und bauen Errungenschaften der Revolution wieder ab.

Doch die Arbeiter leisteten erbitterten Widerstand. Sie reagieren mit immer neuen Streiks und es kommt zu Generalstreiks in einer Reihe von Industriebetrieben/ zweigen.

Anfang 1920 spitzte sich die Lage immer mehr zu.

Die Ernährungslage war katastrophal und der Lebensstandard sank. Doch nur 15 Monate nach der Novemberrevolution fühlte sich die Reaktion wieder stark genug zum Gegenschlag.

Stinnes (Kohle- und Stahlmagnat im Ruhrgebiet) schrieb in einem Brief an führende Regierungsmitglieder:

"Die Zeit ist gekommen, die parlamentarische Demokratie in Deutschland abzuschaffen. Es ist das Merkmal einer Demokratie, daß sie in Zeiten von Todesgefahr ihren Diktator findet."

Am 13. März marschieren die Truppen von General v. Lüttwitz in der Hauptstadt ein, während sich Kapp und seine monarchistischen Anhänger zu dem neuen Herrschern von Deutschland erklärten. Streiks wurden als "Verrat am Volk und Sabotage" verboten.

Grundsätzlich waren aber nur der ehemalige Landadel und die Ruhrgebietskapitalisten an dem Putsch beteiligt und unterstützten ihn offen. Gerade die entscheidendsten Teile der Reichswehr verhielten sich neutral.

Die KPD-Zentrale behauptete am 12. März 1920:

"Die Arbeiterklasse, die gestern noch in Banden geschlagen war, ist im Augenblick nicht aktionsfähig. Unsere Pflicht ist es dies klar auszusprechen. Der Augenblick um den Kampf gegen die Militärdiktatur aufzunehmen ist noch nicht da!"

Am folgenden Tag erwies sich diese Perspektive als total falsch.

Am 13. März fuhren in Berlin weder Straßenbahnen, noch Züge, es gab kein Wasser, kein Gas und keinen Strom.

Ohne einen Aufruf zum Generalstreik hatten sich die Arbeiter in Bewegung gesetzt.

Die meuternden Soldaten und die Arbeitermilizen wurden von tausenden von bewaffneten Demonstranten unterstützt und überwältigten die Freikorpstruppen.

Die Herrschaft des Kapp-Regimes wurde durch den international größten Generalstreik der Geschichte zerrüttet (Auf dem Höhepunkt des Streiks befanden sich 12 Millionen Menschen im Streik).

(Am 17. März flüchtete Kapp nach Schweden).

Deutschland war weitgehend unter der Kontrolle von Vollzugsräten oder Aktionskomitees.

Faktisch waren die Arbeiter im Frühjahr 1920 einige Tage lang an der Macht.

Am 15. März machten KPD/SPD/USPD im Bezirk Niederrhein einen Generalstreikaufruf. Die Ziele dieses Aufrufes waren, die Diktatur des Proletariats und die Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweigen.

Der Generalstreik nahm Formen eines bewaffneten Aufstandes an.

Die "Rote Ruhrarmee" setzte sich auf dem Höhepunkt aus 50.000 bis 60.000 Mann zusammen.

Am 20/21. März war das Ruhrgebiet von den Reichswehrtruppen befreit.

Der Sieg der "Roten Ruhrarmee" und die Herrschaft der Vollzugsräte waren erste Ansätze zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung.

Doch das Fehlen einer einheitlichen Führung rächte sich für die deutschen Arbeiter schon in der Frage der Lebensmittelbeschaffung.

Die Reichsregierung ließ Lebensmittelzüge beschlagnahmen um die Arbeiter damit auszuhungern.

Dadurch befand sich 10 Tage nach Ausbruch des Kapp-Putsches nur noch das Ruhrgebiet in Arbeiterhand.

Und wieder kam es zur Verbindung der rechten SPD-Führung mit der Reichswehr, mit dem Ziel der Niederschlagung der Erhebung im Ruhrgebiet.

Ersteinmal wurde zum 23. März die "Bielefelder Konferenz" von der Ebert Regierung einberufen.

Mit dem "Bielefelder Abkommen", daß leere Versprechungen seitens der Regierung, und Forderungen wie, Entwaffnung aller am Putsch beteiligten und Sozialreform/demokratische Verwaltungsreform, enthielt, wurde die Unterschrift der Arbeiterführer erkaufte.

Die Arbeiterführer akzeptierten damit den Waffenstillstand, die Waffenabgabe der Arbeiter und die Wiedereinsetzung der Verwaltungsbehörden.

Die Verwirrung und Demoralisierung, die daraufhin unter den Arbeitern vorhanden war, wurde ausgenutzt um sowohl Truppen aus dem Reich, als auch reaktionäre Studenten zusammensuziehen.

Diese Truppen erhielten von der Ebert-Regierung "die volle Freiheit des Handelns, um zu tun, was die Lage gebietet."

Am 2. April Beginnt der "weiße Terror".

Tausende werden ohne ein "ordentliches Verfahren" verhaftet.

Es folgen Mißhandlungen, Erschlagungen, Erschießungen von Arbeitern, Frauen und Kindern.

Die SPD-Führer hatten mit der Reaktion wieder "Ruhe in Deutschland" hergestellt.

Als Folge war auch zu verzeichnen:

Die Arbeiter verließen die SPD in Scharen. Sie mußte Verluste von 50% bei den Reichstagswahlen hinnehmen (1919=11,5 Mio. Stimmen
1920= 5,6 Mio. Stimmen)

Dagegen verdoppelt sich die Mitgliederzahl der KPD.

Durch den Anschluß der USPD im Oktober 1920 an die Kommunistische Internationale, wird die KPD, durch 300000 Mitglieder, zur Massenpartei.



Geschütze der Roten Armee auf dem Markt in Essen, vorn das Krupp-Denkmal



1922 war das Jahr mit der höchsten Anzahl von Streiks.
Doch die erkämpften Lohnerhöhungen konnten mit der sich rapide entwickelnden Inflation nicht Schritt halten.
Die INFLATION nahm ungeheure Ausmaße an, so daß der Lebensstandart der Bevölkerungsmehrheit unter die Armutsgrenze sank.

Zudem noch die Ruhrbesetzung durch die französische Regierung Poincarè wegen Reparationsforderungen.

Inflationsgewinnler und Spekulanten lenkten die Wut der Bevölkerung über ihre Lebenssituation auf die Franzosen.

So rief die Regierung Cuno Anfang 1923 zum "Passiven Widerstand" auf.

Durch diesen Aufruf wurde das Industrie- und Transportwesen des gesamten Ruhrgebiets lahmgelegt. Es kam zu Sabotageakten und heftigen Zusammenstößen.

Schon bald erkannten die Arbeiter, daß die Unternehmer nicht bereit waren, auch nur einen kleinen Teil der Lasten des Widerstandes zu tragen. So bröckelte der passive Widerstand schnell wieder ab.

Auf der einen Seite, die Franzosen an der Ruhr, die Inflation und die Gewinne der Geld- und Devisenbesitzer.

Auf der anderen Seite, die Proletarier und Kleinbürger, die im Elend versinken.

Der Staat stand vor dem Bankrott.

Eine Flut von revolutionären Gefühlen entwickelte sich in der Bevölkerung. Begriffe von Ordnung, Gesetzlichkeit und Eigentum verloren ihre Gültigkeit.

DAS KAPITAL STEHT IM SOMMER 1923 NOCH EINMAL AM RANDE SEINES ABGRUNDES

Es waren die Tage des Höhepunktes der Kommunisten. Denn im Sommer 1923 hatten sie das erste und einzigste Mal die Mehrheit der Arbeiter hinter sich.

Die KPD knüpfte an die Tradition der revolutionären Obleute an und errichtete Fabrikausschüsse, die im Krisenjahr 1923 als wahre betriebliche Führung erschienen.

Doch die KPD merkte nicht, daß eine revolutionäre Krise herangereift war und das die Mehrheit der Arbeiter hinter ihnen stand.

Selbst auf dem Land war die Stimmung der Bevölkerung auf dem Siedepunkt (150.000 Landarbeiter streiken.).

Der Druckerstreik in der Staatsdruckerei lähmte das ganze Land.

Der Generalstreik breitete sich von Berlin immer weiter aus.

So war denn am 11./12. August 1923 deutschlandweit Generalstreik.

Doch es blieb eine Bewegung ohne Führung und ohne Koordination!

Die Forderung des Generalstreiks beschränkte sich auf "Sturz der Cuno Regierung", weil diese Regierung als Symbol für Elend und Not stand.

Am 12. August 1923 trat die Cuno-Regierung zurück.

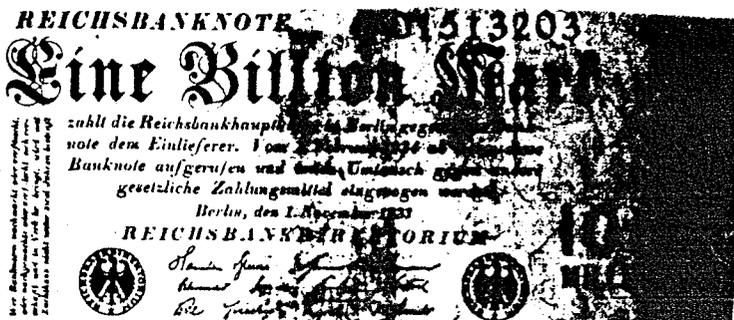
Damit war dem Streik das entscheidende genommen: die Spitze, denn es gab keine weitergehenden Forderungen.

Eine unkoordinierte Bewegung erreichte den Sturz der Regierung.

Da wäre es die Aufgabe der KPD gewesen, diesen Erfolg durch konstruktive, sozialistische Forderungen auszubauen.

Doch das ZK der KPD ruft am 13. August auf, wieder zur Arbeit zu gehen.

Dadurch starb der Streik dann ohne ein Ziel ab.



Inzwischen hatte aber die Kommunistische Internationale die Lage in Deutschland erkannt und sah die Notwendigkeit der politischen Machteroberung.

Die deutsch KPD-Führung wurde in Moskau von der Notwendigkeit und Richtigkeit der politischen Machteroberung überzeugt.

Wieder daheim wurden fiberhaft Vorbereitungen hinter den Kulissen getroffen. Doch die Propaganda der KPD blieb die gleiche: Es gab keine Hinweise darauf, daß große Ereignisse im Kommen waren. So wurden die Arbeiter in keinsten Weise auf die Machteroberung vorbereitet. Ganz im Gegenteil!

Die KPD-Führung wollte die Herrschenden nicht vorzeitig warnen, nur dadurch bekamen nicht nur die Herrschenden, sondern auch die Massen der Bevölkerung nichts von den Plänen zum Aufstand mit.

Unterdessen bereiteten Nationalisten und Reaktionäre aus Bayern weiter ihre Konterrevolutionären Pläne vor. Sie bedrohten die proletarischen Hochburgen, Sachsen und Thüringen mit dem Einmarsch.

Am 14. Oktober beauftragte Reichspräsident Ebert den Führer der sächsischen Reichswehr, die Ordnung in Sachsen wieder herzustellen. Die Truppen von General Müller gingen erst sehr vorsichtig vor, da die auf eine schwere Auseinandersetzung gefaßt waren. Doch sie trafen kaum auf Gegenmaßnahmen von Seiten der Arbeiter.

Dies lag daran, daß die KPD-Führung sich weiterhin an ihren Plan hielt, sich nicht vorzeitig einen Kampf aufzwingen zu lassen, weil sie unsicher waren, ob die Arbeiterklasse ihnen folgen würde, Wahrscheinlich wäre ein Generalstreik zu diesem Zeitpunkt durchaus erfolgreich gewesen.

Am 21. Oktober war die Konferenz des sächsischen Fabrikkomitees in Chemnitz. Auf dieser Konferenz wollte die KPD-Führung je nach Stimmung das Signal für den Aufstand geben.

Brandler, einer der KPD-Führer brachte den Antrag auf Generalstreik und bewaffneten Widerstand gegen die Reichswehr ein. Doch die Konferenzteilnehmer antworteten mit eisigem Schweigen. So wurde der Antrag begraben und der Aufstand abgeblasen.

Zwei Tage später, am 23. Oktober, zog General Müller mit seinen Truppen in Dresden ein und löst die sächsische Regierung auf.

So endeten fünf turbulente Revolutionsjahre in Deutschland, ohne daß die Chancen für die sozialistische Umgestaltung genutzt wurden.

Die KPD ließ im Sommer 1923 ihre Chance ungenutzt verstreichen. Sie bereitete dann zu spät die Machteroberung vor. Wobei sie diese Vorbereitung nicht politisch, sondern nur militärisch anging. Und dann hatte sie zu allem Überfluß in letzter Sekunde Angst vor der eigenen Courage.

Die Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse trotz aller Kampf- und Opferbereitschaft, DAS VERSAGEN DER POLITISCHEN FÜHRUNG der Arbeiterklasse von 1918 bis 1923 - das alles legte den frühen Grundstein für den späteren Sieg des Faschismus in Deutschland !

" In Bezug auf eine neue Führung ist die Auswahl sehr begrenzt. Nur schrittweise, nur auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrung durch mehrere Stadien hindurch können die breiten Schichten der Massen sich schließlich davon überzeugen lassen, daß eine neue Führung entschlossener, verlässlicher, ergebener ist, als die alte. - Freilich in einer Revolution, d.h. wenn sich die Ereignisse überschlagen, kann eine schwache Partei rasch zu einer mächtigen heranwachsen, - FALLS sie klar den Verlauf der Revolution begreift und zuverlässige Kader besitzt, die sich nicht an Phrasen berauschen und nicht durch Verfolgung einschüchtern lassen. "

(Leo Trotzki: aus "Klasse, Partei und Führung")